

Einleitung:

Kommunale Verantwortung im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt im Mainstream – Wirklich?

Angela Paul-Kohlhoff und Wilfried Kruse

Verfolgt man die Thematisierung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt im Kontext bildungspolitischer und sozialpolitischer Diskurse, so wird deutlich, dass der lokalen oder kommunalen Ebene eine immer größere Bedeutsamkeit zugemessen wird. Es sieht so aus, als sei kommunale Verantwortungsübernahme im Übergang von der Schule in die Arbeitswelt mittlerweile im *mainstream*.

Eine solche rasche Verbreiterung war kaum abzusehen, als aus dem Kontext der »Weinheimer Initiative« 2010 das Buch »Jugend: Von der Schule in die Arbeitswelt. Bildungsmanagement als kommunale Aufgabe« (Wilfried Kruse & Expertengruppe 2010) veröffentlicht wurde, das vor allem auf Empfehlungen zum Aufbau einer Kommunalen Koordinierung hinaus lief.

Mittlerweile sind viele Erfahrungen hinzu gekommen; in einer erheblichen Anzahl von Städten und Landkreisen hat Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Arbeitswelt eine gewisse Ausreifung erreicht und ist insofern für einen Regelbetrieb gut vorbereitet. Zugleich sind aber auch mit fortschreitender Erprobung die mit diesem Ansatz verbundenen Schwierigkeiten und Klärungsbedarfe sehr viel deutlicher geworden, und auch das Gespür für die Hemmnisse, die durch die aktuellen Rahmenbedingungen für kommunales Handeln in diesem Feld gesetzt sind. Es zeigt sich: Kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Arbeitswelt ist eine einfache und überzeugende Idee, die aber schwer zu machen ist. Insofern muss auch hinter die Aussage, sie sei mittlerweile *mainstream* ein Fragezeichen gesetzt werden: wirklich?

Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative ist an diesem Klärungsprozess insofern besonders aktiv beteiligt, als sie zwei Ziele miteinander zu verbinden versucht, nämlich die Optimierung der Koordinierungsarbeit »vor Ort« auch durch gemeinsame Anstrengungen des Erfahrungsaustauschs und der kritischen Reflexion *und* die öffentliche Anwaltschaft für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kommunale Koordinierung. In beiden Feldern wissen wir heute viel mehr als noch vor einigen Jahren. Dies war das Motiv der Arbeitsgemeinschaft, sich an die Veröffentlichung des hier vorliegenden Handbuchs zu machen. Erfahrungen und Einsichten aus diesen beiden – eng zusammenhängenden – Aktivitätsbereichen sollten als Handreichung zur Verfügung stehen.

Das »Mainstream-Werden« kann durch verschiedene Indikatoren belegt werden: die regionale Ausrichtung von Förderprogrammen des Bundes (z. B. Lernende Regionen, Regionales Übergangsmanagement, Lernen vor Ort), parallel auch in Ländern aufgelegte Förderprogramme, wie sie in diesem Buch am Beispiel von Nordrhein – Westfalen und Schleswig – Holstein dargestellt werden, und die

Aussagen kommunaler Spitzenverbände (Deutscher Städtetag und Deutscher Landkreistag).

Besonders bedeutsam erscheint es uns, dass es seit geraumer Zeit auch eine »Bewegung« von unten, also von den Kommunen und Landkreisen selbst, gibt. Diese rücken in die Aufmerksamkeit, dass insbesondere die Schwierigkeiten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt erhebliche Folgen und Konsequenzen für die Kommunen und ihre sozialpolitischen Aufgabenstellungen haben. Zugleich kümmern sie sich aus Gründen der Zukunftssorge in immer stärkerem Maße um Bildung, auch jenseits der nur eingeschränkten verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten, die sie in diesem Feld haben.

Solche Einsichten und Erfahrungen hat eine Reihe von Städten und Landkreisen im Übrigen dazu veranlasst, in der »Weinheimer Initiative«, die durch die Freudenberg Stiftung initiiert wurde, mitzuarbeiten, und führte schließlich zur Unterzeichnung der Weinheimer Erklärung und 2007 zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft. Fachliche und politische Diskurse, die in der Arbeitsgemeinschaft geführt werden, spiegeln sich auch in dem hier vorliegenden Handbuch wider. Insbesondere ist es auch die angesprochene Gleichzeitigkeit von »top down«- und »bottom up«-Ansätzen, die einen vertieften politisch-praktischen und wissenschaftlichen Dialog erforderlich machen, der hier aufgegriffen werden soll.

Auch in der Politikforschung findet die lokale Ebene in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit. Dabei bezieht sich lokale Politikforschung immer stärker »auf lokale Politik im Sinne der Herstellung und Durchsetzung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen in einem physisch-ortsgebundenen und Sozialraum bezogenen Interaktionssystem« (Heinelt, Vetter, 2008, 7, unter Bezug auf Heinelt, Wollmann, 1991, 9 f). Bemerkenswert an den Debatten und Ergebnissen der lokalen Politikforschung ist, dass dies eine Erweiterung der disziplinären Orientierung und eine Vervielfältigung der Inhalte und zu behandelnden Themengebieten bedeutete, die die Grenzen zwischen Disziplinen, aber auch zwischen Fachpolitiken überschreiten konnte.

Ähnliches, nämlich eine fortschreitende Erweiterung von konzeptionellen und praktischen Ansätzen, vollzog sich auch im lokalen Feld der Gestaltung der Übergänge von der Schule in die Arbeitswelt. Waren zunächst sozialpolitische und damit verbundene Folgen für die kommunalen Haushalte zentral, erfolgte rasch eine Erweiterung um bildungspolitische Aspekte (damit war aber auch bereits das Verhältnis zwischen Aufgaben der Kommunen und des Landes aufgerufen). Dies führte dann zum Ergebnis, dass Bildung in ihrer institutionellen und informellen Seite als eine wichtige Ressource für die Stadtentwicklung und die Wirtschaftsförderung, die sehr stark arbeitsmarktpolitische Aspekte berührte, begriffen wurde. Bildung, so wurde deutlich, wird im Rahmen eines solchen Ansatzes zu einer Querschnittsaufgabe in den kommunalen Verwaltungen, die kaum ein Fachressort *nicht* berührt, aber dennoch ihrer fachpolitischen Verankerung und Verantwortung bedarf, wenn sie wirksam werden soll.

Kommunale Verantwortungsübernahme für den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt oder für Bildung insgesamt und deren Kommunale Koordinierung ist also ein hoch komplexes Thema, das hohe Anforderungen an die kommunale Politik und ihre darauf bezogene Verwaltungsstruktur stellt.

Hinzu kommt aber ein weiterer Aspekt: Politik *für* eine spezifische Zielgruppe (hier die Jugendlichen im Prozess des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt) unter Einbeziehung unterschiedlicher handlungsmächtiger Akteure muss immer auch von dem subjektiven *Eigensinn* der Zielgruppe und der beteiligten Akteure ausgehen. D.h. die subjektive Perspektive der Beteiligten muss Beachtung finden, wenn adäquate politische Strategien und praktische Handlungsoptionen entwickelt und umgesetzt werden sollen.

Eine verordnete Politik oder anders: eine Politik des »Für« findet immer weniger Akzeptanz, vor allem in den lokalen Lebenswelten. Damit aber ist das Thema Partizipation im Sinne zivilgesellschaftlichen Engagements aufgerufen. Bergman & Lange (2011) begründen diese Ansätze nach Auswertung verschiedener sozial-räumlicher Protestbewegungen und Aktionen folgendermaßen: »Diese Perspektive knüpft an die Diskussion über die vielfältigen Gründe für die Formulierung von Engagement und mitwirkenden Ansätzen auf Seiten der Bürger an. Viele Bürger sind daran interessiert, über Veränderungen in ihrem Lebensumfeld informiert zu sein, um die Konsequenzen für ihre jeweils individuellen Lebensumstände bewerten zu können« (11).

Dies sei durchaus in eine breite Diskussion um eine veränderte Rollenteilung zwischen Staat, Institutionen und Bürgern eingebettet (vgl. ebenda in Anlehnung an Schmals 2005). Diese Entwicklung ist aber weder harmlos noch einfach: »Hinsichtlich von Bürgerbeteiligungen wird dabei ein Dilemma deutlich: Auf der einen Seite sollen Bürger aus unterschiedlichen Gründen, die vor allem mit einer Emanzipations-, Legitimations- und Kontrollfunktion zu tun haben, möglichst umfangreich an den kommunalen Entscheidungs- und Beeinflussungsprozessen beteiligt werden. (...) Auf der anderen Seite aber hat die Partizipation dort ihre Grenzen, wo die Bürger im Sinne der repräsentativen Demokratie von einer Beteiligung ausgeschlossen bleiben« (Bergmann, Lange, 2011, 11).

Auch oder gerade im Feld der lokalen Gestaltung des Übergangs Schule – Arbeitswelt geht es demnach um einen schwierigen Balanceakt, bei der demokratisch legitimierte Verantwortung der Politik und Partizipation, die die subjektiven Perspektiven der Bürger und Bürgerinnen ernst nimmt, in eine lebendige Verbindung gebracht werden müssen.

Vor diesem Hintergrund können drei Ausgangspunkte markiert werden, die den generellen Zugang dieses Handbuchs zum Thema »Übergang Schule – Arbeitswelt« prägen.

Ausgangspunkt 1:

Die Entwicklung eines kommunal verantworteten Übergangssystems

Im Nationalen Bildungsberichts (2006) wird mit *Übergangssystem* jener Teil des Bildungssystems bezeichnet, der nach dem Abschluss der allgemeinbildenden Schule solche Bildungsgänge umfasst, die nicht zu einem gültigen Berufsabschluss führen. Damit wird der Begriff des Übergangssystems fokussiert auf jene Benachteiligten, denen der Zugang zu einer Berufsausbildung oder einer weiterführenden Schulbildung nicht, bzw. nicht direkt oder rasch gelingt.

In kritischer Auseinandersetzung mit dieser Eingrenzung gehen die überwiegende Mehrzahl der Autoren und Autorinnen in diesem Handbuch eher davon aus,

dass »als Lokales Übergangssystem (...) die Gesamtheit aller Bildungs-, Ausbildungs- und Qualifizierungsgänge und Angebote, Berufsorientierungen, Beratungen und Unterstützungen verstanden werden, die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen »vor Ort«, von der Sekundarstufe I ausgehend, für die Integration in das Berufs- und Arbeitsleben zur Verfügung stehen« (Weinheimer Erklärung – Lokale Verantwortung für Bildung und Ausbildung, 2007).

Das heißt: Zunächst einmal und grundsätzlich stehen *alle* Jugendlichen im Blickpunkt kommunaler Verantwortungsübernahme für den Übergang. Dies bedeutet aber zugleich, dass die Entwicklung eines Übergangssystems in kommunaler Verantwortung benachteiligungssensibel sein muss, um keine Teilgruppe »abzuhängen«. Das Prinzip der Inklusivität ist also Maßstab der Gestaltung des Übergangssystems. Lokale Verantwortung richtet sich auf das Erfordernis, unterschiedliche Übergänge so zu gestalten und eine plurale Angebots-, Beratungs- und Unterstützungsstruktur so zu entwickeln, dass für alle Jugendlichen optionsreiche Perspektiven lebbar werden. Dabei müssen die kommunalen Gegebenheiten ebenso wie die Rahmenseetzungen durch Gesetze und verfassungsrechtliche Bestimmungen berücksichtigt werden.

Ausgangspunkt 2:

Kommunale Verantwortungsübernahme bedarf der Kommunalen Koordinierung

Da bei der Gestaltung der Übergangswege unterschiedliche öffentliche und private Akteure, also neben den kommunalen Dienststellen z. B. die Agentur für Arbeit, die Schulen, Kammern, Gewerkschaften und Betriebe, beteiligt sind, kann eine kommunale Verantwortungsübernahme nur im Rahmen einer weit gefassten lokalen Verantwortungsgemeinschaft verstanden werden. Sie bedarf der Einrichtung einer Kommunalen Koordinierung, die im Rahmen der kommunalen Verwaltungsstrukturen angesiedelt ist.

Unter Kommunalen Koordinierung verstehen wir dabei die verantwortliche federführende Bündelung der Handlungsperspektiven der beteiligten Akteure im Übergangsprozess, die Förderung gemeinsamer Zielbestimmungen und abgestimmter und vereinbarter Handlungspläne, deren Wirksamkeit überprüft wird. Dies schließt ihre demokratische Legitimation im Stadtrat oder Kreistag ein, um die politische Verantwortung sichtbar zu machen und die Koordinierungsstellen auch längerfristig absichern zu können.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Interessenlagen der beteiligten Akteure durchaus verschieden, ihr Entscheidungsspielräume von unterschiedlicher Reichweite sind und ihr Schwerpunkt oftmals in einer der verschiedenen Phasen des Übergangs liegt.

Durch Kommunale Koordinierung kann aber erreicht werden, dass sich alle Beteiligten einer generellen gemeinsamen Zielsetzung verpflichten und durch gemeinsam vereinbarte Handlungspläne ihren jeweiligen Beitrag zu einem gelingenden Übergang verbindlich zusagen können. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine Kommunale Koordinierung für eine erfolgreiche und dauerhafte Übergangsgestaltung unverzichtbar.

Ausgangspunkt 3:

Kommunale Verantwortung für Bildung beschränkt sich nicht auf den einen Übergang, sondern muss Biografie begleitend sein.

Die alleinige Fixierung auf den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt greift zu kurz. Menschen durchleben sehr unterschiedliche Übergangsprozesse und nach den soziologischen Prognosen werden komplizierte Übergangssituationen, mit denen Menschen konfrontiert werden, immer häufiger. Die Meisterung und Reflektion von früheren Übergangserfahrungen sind auch Lehrstücke für die Entwicklung von Übergangskompetenz für das ganze Leben. Insbesondere die öffentlich verantwortete Bildung hat deshalb einen Beitrag dazu zu leisten, dass Menschen auch mit Brüchen in ihrer Biografie oder ihren Lebensplanungen umgehen lernen. Dazu ist wichtig, dass sie auch in schwierigen Lebenslagen als Personen in ihrer Würde ernst genommen werden und Unterstützung unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Umstände erfahren können.

Dies bezieht sich auch darauf, im Bildungs- und Ausbildungsprozess »zweite (oder weitere) Chancen« wahrnehmen zu können. Im persönlichen Leben mögen manche Brüche, Umwege oder Fehler einen großen Gewinn bedeuten. Dies verstehen wir unter dem Begriff des Eigensinns der Personen. Aber die Gestaltung von Übergängen darf Menschen nicht in Sackgassen führen, sondern sie muss ermöglichen, sie (wenn auch mit Unterstützung) zu bewältigen, in dem sie »lehren und lernen lassen«, das Leben wieder selbständig zu führen.

Dafür ist Bildung eine wichtige Voraussetzung, die aber nicht mit der allgemeinen Schulpflicht beendet ist. Kommunale Verantwortung für Bildung endet deshalb nicht mit der Schulpflichtzeit (wenngleich diese eine wichtige Grundlage ist), sondern bedeutet Ermöglichung und Förderung lebenslangen Lernens. Deshalb war die Gestaltung des Übergangsprozesses von der Schule in die Arbeitswelt in den letzten Jahren zwar eine Priorität, aber sie deckt die Philosophie und Notwendigkeit kommunal verantworteter Gestaltung von Bildungsprozessen nur ausschnitthaft ab.

Die Gliederung des Handbuchs

Welchen Aufbau hat das Handbuch? Der »Rote Faden« des Handbuchs folgt – wenn man so will – der Idee, den Aufbau und die Weiterentwicklung von Konzept und Praxis Kommunalen Koordinierung als einen *sozialen Lernprozess* zu verstehen, der sich in den letzten Jahren beschleunigt und vertieft hat und in dem nun die Chancen, Schwierigkeiten und Ungeklärtheiten, die mit diesem Ansatz verbunden sind, deutlicher werden, als dies vor einigen Jahren möglich war.

Ausdifferenzierung, Erweiterung, Problematisierung, Suche nach jeweils besser angemessenen Lösungen, Zwischenbilanzierung: dies sind Stichworte, die diese Entwicklung von ersten Modellansätzen, über breite Erprobungen hin zum *Übergang ins Regelsystem* prägen. Der Blick auf Erfahrungen und Entwicklungen und damit verbundenen veränderten Thematisierungen bestimmt nicht nur den Aufbau des gesamten Handbuchs, sondern auch die Argumentationslinien vieler einzelner Beiträge.

Insofern sind z.B. die Beiträge im Kapitel 1 zu Ausgangspunkten und Grundlagen nicht als »Vorgeschichte« zu verstehen, sondern vor allem als Texte, die

für die aktuelle Orientierung Kommunalen Koordinierung von Grund legender Bedeutung sind. Rahmenbedingungen für Kommunales Handeln im Feld des Übergangs haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert. Hierauf beziehen sich die Beiträge im Kapitel 2, während sich das 3. Kapitel den internen Entwicklungen in den Kommunen zuwendet: Sind mittlerweile *koordinative Steuerungsmodelle* entstanden, die das Zeug für einen belastbaren Dauerbetrieb im lokalen Alltag haben? Diese Frage erhält fortlaufend mehr praktische Brisanz, je näher auch das Ende diverser Projektförderungen in diesem Feld rückt. Schließlich zeigt das 4. Kapitel wichtige Erweiterungen konzeptioneller Art, die die Koordinierung im Vergleich zu ihrem stark sozialpolitisch und als Notintervention gedachten Anfängen erfährt. Eine Reihe dieser Beiträge geht auf Vorträge zurück, die auf dem Jahresforum im März 2011 in Hoyerswerda gehalten wurden, das mit dem Schwerpunktthema »Übergang als Lehrstück« der Übung der vergangenen Jahresforen folgte, bewusst Koordinierung in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. Dieses Praxisverständnis zwischen Rückblick und Ausblick resümiert der Beitrag in Kapitel 5.

Im Einzelnen

Die im »*Kapitel 1: Ausgangspunkte und Grundlegungen*« versammelten Beiträge enthalten grundlegende Überlegungen zur kommunalen Handlungsperspektive im Feld von Übergang und Bildung.

Ausgangspunkt ist die Initialfunktion der Freudenberg Stiftung für die Weinheimer Initiative – also ein zivilgesellschaftliches Engagement (Christian Petry, Pia Gerber). Ihr Kontext im Zuge der Entwicklung der Stiftungsarbeit wird geschildert, wie auch der Übergang von einer durch die Stiftung geförderten Initiative zu einer Arbeitsgemeinschaft, die auf eigenen Füßen steht, aber von der Stiftung nach wie vor begleitet wird.

Fortgeführt wird die Debatte mit der Frage, ob eine lokale Berufsbildungspolitik, die das gesamte Übergangssystem umfasst, möglich ist (Wilfried Kruse). Der Autor thematisiert darin die Chancen und Grenzen einer lokalen Verantwortung gerade in dem nur teil-öffentlich verantworteten Feld der Berufsbildung.

Unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten diskutiert der folgende Beitrag Grenzen und Möglichkeiten kommunaler Koordinierung von Kommunen im Verhältnis zur grundgesetzlichen Bestimmung der Aufgabe der Kommunen und der Kulturhoheit der Länder (Ingo Richter). Die verfassungsrechtliche Verortung setzt einen wichtigen Rahmen für die Übernahme der Koordinierungsfunktion und ihrer Reichweite durch die Kommunen.

Der Beitrag von Arnulf Bojanowski fragt nach dem Zusammenhang von Praxis und Forschung bei der Entwicklung eines regionalen Übergangsmanagements. Er betont dabei wichtige kommunale Handlungsschritte, aber mahnt auch die Notwendigkeit von Wirksamkeitsuntersuchungen an, die erst nachweisen können, wie weit Kommunale Koordinierung sinnvoll ist, und wo ihre Grenzen erreicht werden.

Die beiden letzten Beiträge sind empirisch angelegt. Während Joachim Gerd Ulrich den Einfluss des Ausbildungs- und Ausbildungsmarktes auf das Übergangs-geschehen von Jugendlichen zeigen kann, beschäftigt sich Gerd Zika mit Zukunfts-

abschätzungen zum Fachkräftebedarf. Da gerade (auch medienwirksam) der Fachkräftemangel als die Lösung der Übergangsprobleme insbesondere für Benachteiligte diskutiert wird, sind seine Untersuchungen für die Frage, ob kommunaler Koordinierung weiterhin nötig ist, von Bedeutung.

Im »Kapitel 2: Rahmenbedingungen für kommunales Handeln und ihre aktuellen Veränderungen« wird der Bedeutung der kommunalen Koordinierung unter zwei Gesichtspunkten nachgegangen. Erstens wird die Frage gestellt, welche Voraussetzungen durch die politischen und institutionellen Zuständigkeiten gegeben sind, die die Kommunen berücksichtigen müssen, zweitens wird nach der Bedeutung der Verbände, Stiftungen und Sozialpartner als Akteuren gefragt.

Im 1. Teil werden zunächst zwei Beispiele zur Kooperation von Land und Kommune im Überblick vorgestellt. Die Beispiele Nordrhein Westfalen und Schleswig-Holstein dokumentieren den schwierigen Aushandlungsprozess zwischen den Kompetenzen des Landes und der Kommunen (Gertrud Kühnlein für NRW und Ulrich Krause, Volker Kruse, Armin Albers für Schleswig-Holstein).

Da die Dynamik von Schulreformen einen erheblichen Einfluss auf die Übergangsgestaltung hinsichtlich der Zugangschancen zur Berufsbildung hat, wird im Beitrag von Ernst Rösner ein Überblick über Reformansätze in verschiedenen Bundesländern dargestellt. Er berichtet von »verpassten Gelegenheiten«, ein chancengerechteres Schulsystem zu entwickeln.

Ergänzt wird diese Diskussion durch das konkrete Beispiel Hamburg (Rolf Deutschmann, Michael Goedeke, Hartmut Schulze). Hieran kann exemplarisch nachvollzogen werden, wie die systematische Verbesserung von Übergangsperspektiven für Jugendliche zu einer landespolitischen Priorität werden kann und ob und wie die kommunale Ebene hierbei von Bedeutung ist.

Die Bundesperspektive kommt in zwei Aufsätzen zu Wort: Zunächst wird aus der Sicht der der wissenschaftlichen Begleitung die Förderinitiative »Regionales Übergangsmanagement« dargestellt. Birgit Reißig und Frank Braun gehen insbesondere auf die beobachteten Entwicklungsprozesse und daraus zu entwickelnde Handlungsempfehlungen ein. Daran schließt sich ein Beitrag aus der Bundesagentur für Arbeit (Martin Lieneke) zu deren Verhältnis zur kommunalen Verantwortungsübernahme an. Die gemeinsame Zielsetzung, aber auch die Konfliktlinien angesichts der Entscheidungskompetenz der Agentur für Arbeit vor Ort werden konkret und mit Interesse an einem produktiven Zusammenspiel beleuchtet.

Im 2. Teil dieses Kapitels kommen Verbände, Sozialpartnerorganisationen und eine weitere Stiftung zu Wort. Der Deutsche Städtetag (Klaus Hebborn) und der Deutsche Landkreistag (Markus Keller) sind genauso vertreten wie der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (Jörg Freese, Mara Dehmer). Ergänzend gibt Ragna Melzer einen Überblick darüber, welche Relevanz lokale Koordinierung mittlerweile bei der Arbeit von Wohlfahrtsverbänden und in der Jugendhilfe erlangt hat. Der Beitrag aus dem Vorhaben »Übergänge mit System« der Bertelsmann Stiftung (Alice Hohbein, Clemens Wieland), an dem mittlerweile neun Bundesländer und die Agentur für Arbeit beteiligt sind, zeigt, wie aus dem zivilgesellschaftlichen Kontext Anstöße für Reformen bewirkt werden können.

Schließlich ist die Sozialpartnerseite mit zwei Stellungnahmen und Reflektionen aus Gewerkschaftssicht vertreten. Matthias Anbuhl und Hermann Nehls stellen die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes vor; Stephanie Odenwald diskutiert die Bedeutung der lokal-kommunalen Ebene aus der Sicht der für Bildungsfragen zuständigen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Keineswegs sind alle Institutionen und Verbände, die für den Übergang Schule – Arbeitswelt wichtig sind, in diesem Kapitel vertreten; insbesondere fehlen Wirtschaft und Betriebe. Manches hat aus zeitlichen Gründen nicht gepasst; auch konnten wir nicht auf Vollständigkeit setzen. In weiteren Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft werden die Lücken sicherlich geschlossen werden können – und sich neue auftun.

In »Kapitel 3: Kommunale Koordinierung als Steuerungsmodell« richtet sich die Fragestellung darauf, welche Modelle der Steuerung für eine für Querschnittsaufgabe wie »Kommunale Koordinierung« zur Verfügung stehen oder bereits in der Erprobung sind, und in welchen Spannungsverhältnissen sie stehen und sich entwickeln.

Im 1. Teil des Kapitels entwickelt Ulrich Bieker am Beispiel der Kommunalverwaltung einer Großstadt ein Matrixmodell, das den Zusammenhang von fachbezogenen Aufgaben im Zusammenspiel mit Querschnittsaufgaben verwaltungsintern bearbeitbar macht. Der Autor stellt damit ein innovatives Modell der Reform kommunaler Steuerungsprozesse vor.

Im darauf folgenden Beitrag geht Angela Paul-Kohlhoff der Steuerungspraxis in 12 Kommunen aus der Mitgliedschaft der Arbeitsgemeinschaft nach. Mittels einer Befragung untersucht sie die unterschiedlichen Ansätze, wie die Koordinierung in diesen Kommunen in die vorhandenen Verwaltungsstrukturen hinein umgesetzt wird. Dies differiert in Kleinstädten, Mittel- und Großstädten und Landkreisen, denn je nach Kommunaltypus stellen sich unterschiedliche Anforderungen an den Steuerungsprozess.

In den 2. Teil des Kapitels sind drei thematische Beiträge aufgenommen, die »Spannungsfelder« bei kommunal verantworteter Koordinierung bedeuten (können). Sie beleuchten in verschiedenen inhaltlichen Kontexten und in Hinblick auf bestimmte Personengruppen und Interessenlagen die Beziehung zwischen Querschnittsfunktionen und fachpolitischen Zuständigkeiten. Hierzu gehören im gewissen Sinne auch die Möglichkeiten und Schwierigkeiten bei der systematischen Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements, das sich, weil es u.a. auf Freiwilligkeit beruht, dem »Durchgriff« von Verwaltungshandeln entzieht.

Klaus Kohlmeyer und Gari Pavkovic entwickeln für Migration und Integration in die Arbeitswelt der deutschen Einwanderungsgesellschaft die »Fokusperspektive«. Damit soll der Blick dafür geöffnet werden, dass Übergangsgestaltung nicht exklusiv an einer Teilgruppe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgerichtet werden darf, Migrationshintergrund in Verbindung mit Bildungsarmut aber immer noch gesondert beachtet werden muss, um Benachteiligungen nach ethnischer Herkunft zu verhindern.

Birgit Klein und Phyllis Paul gehen derselben Perspektive unter dem Gesichtspunkt der Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit nach. Sie stellen dar, wie beim Übergang in die Arbeitswelt noch immer geschlechtsspezifische Muster der Berufs-

orientierung greifen – und dies sowohl bei den Jugendlichen selbst, wie auch bei den Akteuren der Berufsorientierung. Ihre Konsequenz war die Entwicklung eines Fortbildungs- und Austauschprogramms mit wichtigen Akteuren der Berufsorientierung.

Im Beitrag zum bürgerschaftlichen Engagement (Susanne Felger, Sabine Beckenbach) geht es vor allem darum, eine produktive Verknüpfung herzustellen zwischen Experten und Expertinnen aus bestimmten beruflichen Erfahrungsbereichen, die sich freiwillig für die Integration von Jugendlichen engagieren, und einer steuernden und integrierenden Funktion der Koordinierung in kommunaler Verantwortung.

»Erweiterungen kommunaler Koordinierung vor Ort« stehen im Zentrum des 4. Kapitels. Hier geht es um Felder, Themen und Akzentuierungen, die sich zum einen in den internen Diskursen der Arbeitsgemeinschaft als wichtig herausgestellt haben, zum anderen aber auch in wissenschaftlichen Publikationen und praktisch-politischen Debatten eine Rolle spielen.

Eröffnet wird das Kapitel mit einem Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft zur Frage nach der Wirksamkeit von Kommunalen Koordinierung (Lutz Wende, Wilfried Kruse). Dem schließen sich Beiträge aus laufenden *Facharbeitsgruppen* der Arbeitsgemeinschaft an. Der zunächst folgende Beitrag nimmt das Thema »Wirksamkeit« insofern erneut auf, ob er danach fragt, wie Kommunale Koordinierung so gestaltet werden kann, dass sie langfristig wirkt. Es geht also um Nachhaltigkeit (Andreas Salewski, Delia Temmler, Christoph Kaletka).

Armin Albers geht der Frage nach, welche Voraussetzungen nötig sind, damit Land und Kommunen Partner werden, die sich auf gleicher Augenhöhe begegnen, um gemeinsam – wenngleich in unterschiedlichen Funktionen und Rollen – dem Ziel einer chancengerechteren Einmündung in die Arbeitswelt näher zu kommen. Schließlich nimmt Ursula Bylinski einen anders gelagerten Aspekt des Problems im Übergangsgeschehen auf: Welche Prozesse der Qualifizierung zur professionellen Ausstattung brauchen eigentlich die Fachkräfte im Übergangsprozess? – so ihre zentrale Frage. Die unterschiedlichen Standards der Ausbildung und Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte im System des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt verhindern zum Teil eine gemeinsame Handlungsperspektive, aber dies scheint nicht unüberbrückbar, wenn man gemeinsame Qualifizierungsprozesse entwickelt und umsetzen kann.

Im zweiten Teil des Kapitels geht es um die subjektiven Perspektiven und Erfahrungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst, die ja oft genug nicht wirklich als *Subjekt*, sondern vor allem als *Objekt* von Koordinierung erscheinen. Der Sichtweise der Jugendlichen nähern sich die Autorinnen und Autoren dabei unter verschiedenen Aspekten. Als gemeinsame Überschrift sehen wir das Schwerpunktthema des Jahresforums der Arbeitsgemeinschaft, das im März 2011 in Hoyerswerda stattfand: »*Lehrstück Übergang*«. Denn wir sind der Auffassung, dass Erfahrungen in spezifischen Lebenszusammenhängen auch immer etwas darüber lehren, welche Umgangsweisen, Bewältigungsmuster und aktive Handlungsperspektiven entwickelt werden können. Die Lebenswirklichkeit von Jugendlichen ist allerdings noch vielfältiger und vermutlich auch fragmentierter, als dies auch in der Zusammenschau der verschiedenen Beiträge zum Ausdruck

kommt. Insofern handelt es sich bei diesen Beiträgen wiederum »nur« um einen Ausschnitt aus der Wirklichkeit, auf die sich Koordinierung bezieht.

Dieser Teil beginnt mit der Skizze der Konzeption der Stadt Hoyerswerda, die Biografie begleitend Kinder und Jugendliche von der Kita in die Schule und weiter bis in die Arbeitswelt so unterstützen will, dass selbständige Entscheidungsoptionen bewusst werden und umgesetzt werden können (Thomas Delling, Evelyn Scholz).

Danach werden einzelne thematische Schwerpunkte gesetzt: Wibke Boysen zeigt an Hand einer Längsschnittuntersuchung zur Bildungsbeteiligung Restriktionen, aber auch befreienden Potenziale im Zuge der Generationenfolge auf. Ahmed Shah, Schauspielleiter des Jugendtheaterbüros Berlin, macht deutlich, wie man mit »deprivierten« Jugendlichen in einem problembehafteten Kiez Theaterarbeit und Berufsorientierung verbinden kann, ohne die Professionalität der Theaterarbeit zu vernachlässigen. Angela Paul-Kohlhoff schildert die subjektbezogenen Ergebnisse eines Modellvorhabens der Integration »Junger Mütter in die Berufsausbildung«. Sie arbeitet dies insbesondere an der Kategorie der Ambivalenzen im Lebenszusammenhang der jungen Mütter heraus.

Eine häufig vertretene These ist, dass die Aufnahme einer geregelten Berufsausbildung die Entwicklung von Jugendkriminalität eindämmen kann. Dirk Baiers Darstellung der Ergebnisse kriminologischer Untersuchungen problematisiert die Annahme solcher und ähnlicher unmittelbarer Wirkungszusammenhänge.

Schließlich werden beispielhaft zwei konkrete Erfahrungen aus der Berufsorientierung von Jugendlichen erörtert: Marcus Eckelt stellt die Befunde einer qualitativen Studie zu neu konzipierten Betriebspraktika in Berlin vor, und Martin Mertens geht auf das Konzept der Produktionsschule ein, um die Entwicklungschancen, die sie insbesondere für Schülerinnen und Schüler aus Förderschulen bietet, zu verdeutlichen.

Die Zusammenschau der Beiträge zeigt außerdem, dass es Jugend als »allgemeine Generationskategorie« nicht mehr gibt, sondern differenzierter als bisher auf spezifische Lebenslagen und sozialisationsbedingte und damit herkunftsbedingte Lebensbedingungen geachtet werden muss.

Das heißt aber nicht, dass Heranwachsende nichts mehr »gemeinsam« hätten. Barbara Sichtermann postuliert in ihrem Beitrag, den sie als Vortrag auf dem Jahresforum im März 2011 in Hoyerswerda gehalten hat, als eine Art entwicklungspsychologisches Essential die Pubertät als einen turbulenten Reifungsprozess, der bei den Geschlechtern unterschiedlich abläuft und bis in das Erwachsenenalter nachwirkt.

In »Kapitel 5: Ausblick« wird von den Sprechern und dem Koordinator der Arbeitsgemeinschaft (Oberbürgermeister Heiner Bernhard, Wilfried Kruse, Oberbürgermeister Stefan Skora) ein Resümee gezogen. Deshalb ist der Ausblick auch zugleich ein Rückblick.

Im Anhang beigefügt sind die »Positionierungen« der Weinheimer Initiative seit ihrer Gründung und ein AutorInnen-Verzeichnis.

Die – wenngleich kurze – Geschichte der Arbeitsgemeinschaft im Kontext des »Mainstream-Werdens« zeigt, welche Dynamik die Umsetzung eines Programms mit dem Ziel »Kommunale Verantwortungsübernahme von Bildung durch Kommunale Koordinierung für den Übergang von der Schule in die Arbeitswelt«

auslösen kann. Vieles bleibt jedoch auch heute noch offen und muss weiter gemeinsam bearbeitet werden. Die Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative bietet hierfür eine Plattform.

Das vorliegende Buch ist nun sicherlich kein Handbuch im klassischen Sinne, aber es ermöglicht einen differenzierten und fundierten Einblick in jene Fragen, die mit der Weiterführung Kommunalen Koordinierung Schule-Arbeitswelt als Daueraufgabe eng zusammen hängen. Insofern ist es ein Buch *für die Hand* jener, die mit Kommunalen Koordinierung zu tun haben.

Literatur

- Bergmann, Malte, Lange Bastian (2011): Zur Einführung. Eigensinnige Geographien. In: Bergmann, Malte, Lange Bastian (Hrsg.). Eigensinnige Geographien. Städtische Raumaneignungen als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe. Wiesbaden
- Heinelt, Hubert, Vetter Angelika (2008): Einleitung. In: Heinelt, Hubert, Vetter, Angelika (Hrsg.): Lokale Politikforschung heute. Wiesbaden
- Heinelt, Hubert, Wollmann, Hellmut (1991): Lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Vorwort. In: Heinelt, Hubert, Wollmann, Hellmut. Lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren. Vorwort, in: Heinelt, Hubert, Wollmann, Hellmut (Hrsg.) Brennpunkt. Stadtpolitik in den 80er und 90er Jahren. Basel, Boston, Berlin